

Bezugsgebühr:

Wiederlich für Dresden bei täglich...
Wochenzeitung durch einen...
Preis 10 Pf. durch den Postweg...

Dresdner Nachrichten
Begründet 1856

Anzeigen-Carif.

Annahme von Anzeigen...
bis nachmittags 3 Uhr...
Preis 10 Pf. für die 1. Zeile...

Verantwortl. Hr. 11 und 2096.
Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Lobeck & Co. Dreiring-Cacao.
Hollieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.
Einzelverkauf: Dresden, Altmärkt 2.

Kunst-Salon von Emil Richter
Prager Strasse
Hochzeits-Geschenke
Geschmackvoll • Künstlerisch • Preiswert.

Uhrketten
von 40 Pfg. bis 200 Mark.
Letzte Neuheiten! Beste Fabrikate!
Gustav Smy
Dresden-A., Moritzstr. 10, Ecke König Johann-Str.

Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager
Strasse 11.

Regenschirme in grösster Auswahl empfiehlt C. A. Petschke, Wilsdruffer Strasse 17, Prager Strasse 47, Amalienstrasse 6.
Nr. 147. Special: Reichstags-Abchied, Evang. Bund, Stenographen, Konsumvereine, Gerichtsverhandlungen, Nutzmahl, Bitterung, Kühl, veränderlich.
Mittwoch, 30. Mai 1906.

Reichstags-Abchied.

Nach einer politisch so bewegten legislatorischen und parlamentarischen so bedeutsamen Periode, wie sie nunmehr, nach hartem Kampfe mit Wort und Schrift, mit Forderung und Gegenforderung, überwinden hinter sich liegt, wäre es zu verwundern gewesen, wenn nicht die Schlussdebatten des Reichstages über den Etat den gleichen Geist geatmet, gewissermaßen eine Generalabrechnung über das Gesehene und Gemordene gebräut hätten. Das ist denn auch in vollem Maße geschehen, und es ist nur zu bedauern, daß neben der telephonischen und telegraphischen Berichterstattung über die Reichstagsverhandlungen nicht auch eine Vermittlungsmöglichkeit auf phonographischem Wege besteht, damit die Kenntnis der Klangfarben in Rede und Gegenrede, der Stimmung des Hauses, nicht auf den engen Kreis der nächstbeteiligten beschränkt bliebe. Wer somit oft monatelang vergeblich auf einen „großen Tag“ wartete, vergeblich eine vielföpfige Gesellschaft die Stufenleiter der Empfindungen und Stimmungen vom freundlichen, behaglichen Scherze bis zum bitteren und geschäftigen Ernste durchlaufen zu sehen hoffte, diesmal wäre er auf seine Rechnung gekommen. Es kann sich selbstverständlich an dieser Stelle nicht darum handeln, die einzelnen Vorgänge mit der Genauigkeit zu verfolgen, die geboten wäre, um den Reichstag, die höchste Vertretung des deutschen Volkes, vollständig zu charakterisieren. Es wird nur möglich sein, die politisch bedeutsamen, die seitlichen und überraschenden Momente herauszugreifen, aber auch so wird an charakteristischen Merkmalen und Schlaglichtern kein Mangel sein.

Auf das Gebiet der auswärtigen Politik wurden diesmal die Verhandlungen nicht durch den Abgeordneten Bebel angeführt, jedoch diesmal wenigstens das ergötliche Schauspiel, einen heutzutage Parteiführer in gebärdiger, antinationaler und unbedingter negierender Art über die Ziele und Interessen der deutschen Fürsten und Völker aburteilen zu sehen, dem Auslande entgangen ist. Vielmehr waren es die sachlichen Hinweise und beforzten Fragen des Führers der national-liberalen Partei, die den Nachfolger des Reichherrn von Nicht-hofen, zum ersten Male im Reichstage, zu einer Erklärung ansetzten. Daß diese besonders glücklich ausfiel und ihrem Inhalte nach der Größe der auswärtigen Schwierigkeiten, denen wir uns nach wie vor gegenübersehen, angemessen war, wird niemand behaupten wollen; und ebenso muß es dahingestellt bleiben, ob die Ausführungen des Staatssekretärs über unser Verhältnis zu Italien und England, über die Rolle, welche Deutschland bei der englisch-russischen Annäherung spielt und spielen wird, das hoffnungsvolle Vertrauen tatsächlich verdienen, mit dem der Reichstag diese knappen Mitteilungen aufnahm. Die Haltung der englischen Politik ist der Thronbesteigung Eduards VII., die deutschen Symptome westlicher Neigungen in Italien sind noch zu frisch in aller Gedächtnis, als daß das deutsche Volk an staatsmännlichen Erklärungen allein, mögen sie noch so „bündig“ oder freundschaftlich klingen, sich genügen lassen könnte, um jeden Argwohn zu überbrücken. Was Italien angeht, so hat ja der Herrscher des Landes, indem er eine Begegnung mit dem Könige von England vermeiden und die Entsendung eines Flottengeschwaders in französische Häfen, die als Dankesbeweis für das Angebot französischer Hilfe bei dem Vesuv-Unglück beabsichtigt war, wenigstens bisher unterlassen hat, den Versuch gemacht, die dreifachfeindlichen Randgebungen, italienischer Staatsmänner und Vorkämpfer eingermachen auszugleichen. Hoffentlich hält die italienische Regierung an dieser Umkehr fest. Und die englische Regierung wird vielleicht schon in den nächsten Wochen Gelegenheit haben, wenn es sich um die Auslieferung Morengos handelt oder wenn die äthiopische Bewegung auf die deutsche Schutzgebiete in Afrika überzugreifen droht, den Beweis ihres angeblichen Gefinnungswechsels zu führen.

Der Sozialdemokratie konnte es diesmal nicht schwer werden, von der Erörterung der auswärtigen Lage in ihrem Sinne abzuziehen. Voten doch die Steuerpolitik der verbündeten Regierungen und die sogenannte „Ausweitungsschmach“ genigend zahlreiche und bequeme Angriffspunkte, deren Benutzung obendrein durch praktische Rücksichten geboten war. In der kommenden Wahlperiode der Umsturzpartei werden, das ist nach den jüngsten Reden Bebel und Bernstein mit Händen zu greifen, in Verbindung mit den wachsenden Ausgaben die neuen Steuern eine hervorragende Rolle spielen, und bei dem geringen Maße an politischer Erziehung und Durchbildung, das sich in den breiten Massen unseres Volkes, insonderheit der minder bemittelten Klassen auf die nächstliegenden Kleinlichen und persönlichen Interessen beschränkt, ohne das Verständnis für die großen und entscheidenden Ziele unseres nationalen Lebens vorhanden wäre, ist in der Tat zu befürchten, daß ein voller Erfolg einer auf dieser Basis gegründeten Agitation nicht ausbleibt. Dazu kommt, daß sowohl die verbündeten Regierungen wie die Mehrheitsparteien durch ihre Behandlung

der finanzpolitischen Aufgaben nicht verstanden haben, ihre Forderungen und Beschlüsse als eine unbedingte Notwendigkeit hinzustellen, erstere, indem sie anliehen, daß der Reichstag, unbeschadet der Erklärung, daß kein Stück aus dem „einheitlichen“ Finanzreform-Gebäude herausgebrochen werden dürfe, ohne das ganze Werk zu gefährden, völlig Neues an die Stelle des Unprüflichen setzen liege, letztere, indem sie wiederholt ihre ersten Beschlüsse umhießen und, noch in der dritten Lesung, gesetzliche Neuerungen von einschneidender Wirkung vornahmen, ohne eine hinreichende Unterlage und Verbindung zu geben. Wahr als das muß der Umstand Bedenken erregen, daß das Wort der freimütigen und sozialistischen Steuerreformer, mit der Erblichkeitssteuer sei die Bahn zur Einführung direkter Reichsteuern betreten, von der ausschlaggebenden Partei, dem Zentrum, nicht nur nicht unwiderprochen blieb, sondern im Gegenteil, wenn auch mit gewissem Vorbehalt, in doch mit unperfektbarer Sympathie aufgenommen wurde. Schließlich kann es die Autorität der Regierung nicht stärken, wenn im Lande als unbestreitbare Wahrheit verkündet werden darf, daß nur durch die Gegenleistung der Diäten-Einführung der Reichstag zur Annahme der Mottenreform, der Militär-Pensionsgesetz und der neuen Steuern zu bewegen war.

Die konservativere Partei hat es nicht unterlassen, auf die Bedeutung dieser Momente, auf gewisse Bedenken, die sich in ähnlicher Richtung bewegen, und ihre möglichen Konsequenzen hinzuweisen. Wenn der Abgeordnete von Tidenburg dabei vor einem Wege gewarnt hat, den mehrere süddeutsche Staaten mit der Aenderung ihrer Verfassungen, mit der Annahme eines dem Reichstagsvorsitz sehr ähnlichen Wahlrechts beschritten haben, so ist er in seinen — im Prinzip allerdings sehr beachtenswerten — Forderungen zweifellos zu weit gegangen. Einmal sind diese Aenderungen keineswegs so radikal, wie es nach der Schärfe dieser Protest-erklärung scheinen konnte. Es kann aber auch nicht verkant werden, daß die deutschen Bundesstaaten, wie sie heute verchiedenartiger Bildungen sind und eine verchiedenartige Entwicklung durchgemacht haben — man darf hier nur an die Einrichtungen der französischen Revolutions-epochen erinnern — mit erheblichen anderen Anschauungen in ihrer Bevölkerung, mit einem wesentlich anders gearteten Verhältnis zwischen Klerik und Volk zu rechnen haben als etwa Preußen, zumal in seinen, von den Grundgedanken der modernen Volks- und Sozialpolitik nur erst flüchtig berührten östlichen Provinzen. Vor allem aber war es gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt wenig glücklich, einen Gedanken anzugehen und auszusprechen, der in dem staatsrechtlichen Verhältnis der Gliedstaaten des Deutschen Reiches keine Grundlage findet und der, in dem Sinne der Behandlung und Auslegung, die er durch den genannten Redner gefunden hat, zu den bedenklichsten Konsequenzen führen dürfte. Darin gerade besteht die Stärke des Reichsgedankens, daß die deutschen Fürsten und Völker freiwillig zu der bundesstaatlichen Gemeinschaft zusammengetreten sind. Und wenn auch Artikel 2 der Reichsverfassung bestimmt, daß Reichsgesetze den Bundesgesetzen vortreten haben, wodurch also die Bundesstaaten gewissermaßen auf die zweite Stufe hinter dem Reich herabgedrückt werden, so liegt andererseits ein unachriebenes, weil selbstwiderständliches nobilit officium des Reiches gegenüber der Bundesstaatenordnung, daß sie bezüglich etwaiger Aenderungen ihrer verfassungsmäßigen Zustände völlig selbständig, völlig Herr ihrer Entschlieungen bleiben. Wie die wiederholten Besuche des Königs von Preußen an den Höfen fast aller deutschen Monarchen, wie die in unerschütterlicher Treue geheiligten traditionellen Beziehungen zwischen den bundesstaatlichen Dynastien erkennen lassen, sind die Haupt der deutschen Stämme in solcher Harmonie und Freundschaft verbunden, daß man bei ihnen ein Vates und Taten nach einheitlichen Grundrissen und in Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen voraussetzen darf. Und eben jetzt haben die einzelstaatlichen Regierungen, indem sie auf weitere Entnahmen aus ihren Erbschaftsteuern verzichten, indem sie trotz erheblicher und wohl gerechtfertigter Bedenken der Verlosenshaft-fahren-Versteuerung im Interesse einer gründlichen Aufbesserung der Reichsfinanzen zugestimmt haben, einen Beweis ihrer nationalen Geschlossenheit und Opferwilligkeit gegeben, der den Vorwurf oder auch nur den Gedanken eines Mangels an Verfassungstreu und Reichstreue füglich nicht aufkommen lassen sollte.

Auch die Sozialdemokratie hätte sich sagen sollen, daß bei der dritten Lesung des Etats im allgemeinen große grundlegende Fragen nicht noch einmal erörtert werden können. Trotzdem brachte Bebel die Russen-Ausweisungen, den Zoll Schöne, die Ausweisungen, Eduard Bernstein, in seinen Kreisen „Freund Ede“ genannt, die Vorgänge bei der Bekämpfung der Streikrevolten in Breslau nochmals zur Sprache, alles Themata, die entweder in früheren Verhandlungen des Landes und Breiten erörtert sind und doch niemals in einer für alle Teile betriebsfähigen Weise erledigt werden können, weil eben die grundlegenden An-

schauungen, die für die Entscheidung derartiger Fragen den Standpunkt bestimmen, zu weit auseinandergehen. Solange die Staatsregierungen daran festhalten — und sie werden dies tun, solange die Mehrheit der Bevölkerung, solange Intelligenz, Kultur und Besitz hinter ihnen stehen —, daß die öffentliche Ordnung unter allen Umständen aufrechterhalten werden muß, daß dem Arbeitgeber, genau so wie dem Arbeitnehmer das Recht gewährt sein muß, sich seiner Haut zu wehren, daß endlich die staatliche Fremdenpolizei dazu da ist, mißliebige, wirtschaftlich zu fürchtende und, wie die Vomben-Attentate in Paris bewiesen haben, politisch gefährliche Elemente fern zu halten, so lange werden sozialdemokratische Interpellationen im Reichstage, die obendrein dort zumest nicht einmal an der richtigen Stelle eingebracht werden, nur eine zwecklose Vergeudung der Zeit, nicht weiter bedeutend. Auf die jüngsten Genossen mag das Einbrud machen, wenn Herr Bebel in einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Staatssekretär des Innern das letzte Wort behält, wenn „Freund Ede“ den Breslauer Volkspresidenten unter Ordnungsrufen einen Banditen nennt und ihn als systematischen Verbeher der dortigen Schutzmannschaft hinstellt, sachlich und politisch sind derartige Grobphrasereien völlig bedeutungslos, und sie können nur dazu beitragen, diejenigen Kreise des Bürgertums, die an eine Veröhnung auf sozialem Wege glauben, immer mehr zu verbittern und jedem weiteren Entgegenkommen abgeneigt zu machen.

Alle diese Verhandlungen und Zwischenfälle der dritten Lesung des Etats wurden aber an Schärfe und aufregender Wirkung überboten durch die weit ausgefallenen Kolonialdebatten, die in dem Streite um den neu vorgeschlagenen Etat des Reichs-Kolonialamtes ihren Höhepunkt und Abschluß fanden und an dieser Stelle bereits eingehend beleuchtet worden sind. So hat die nunmehr abgeschlossene Tagung, die sicher zu den inhaltreichsten und politisch wichtigsten des Reichsparlamentes gehört, mit einem grellen Mißfange geendet, der noch lange im deutschen Volke bittere Empfindungen über seine Vertretung nachhallen wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 29. Mai. Preussischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Herrenhaus nahm die durch das Volkshochschulunterhaltungs-gesetz bedingte Verfassungänderung an. Die zweite Abstimmung darüber findet in 26 Tagen statt. Angenommen wurden ferner die Eisenbahnvorlagen, die Novelle zum Kommunalabgabengesetz, die eine Entlastung der Wohngemeinden durch Zuschüsse der Betriebsgemeinden besetzt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhaus begann die Rede von Deedeband den konservativen Antrags: die Regierung aufzufordern, im Bundesrat dahin zu wirken, daß Eingriffe in die Verfassung der Einzelstaaten, insbesondere Preußens, im Wege der Reichsregierung verhindert, jedenfalls nicht ohne Einvernehmen mit den Einzelstaaten vorgenommen werden. Der Minister des Innern u. Reichswahlkommission erklärte den Antrag aus staatsrechtlichen Gründen für unannehmbar. Die Regierung sei aber bereit, dem Hause jederzeit über die Grundzüge ihrer Haltung zur Reichspolitik Rede und Antwort zu geben und die gewünschte Fühlung mit dem Landtage zu nehmen. Die preussischen Minister könnten nicht bloß kurzbrandedenburatliche, sie müßten auch förmlich deutsche Reichspolitik treiben. Für den Antrag sprachen konservativ und freikonservativ, dagegen Zentrum, national-liberal und freisinnige Redner. Nachdem noch Justizminister Beiler ausgeführt, daß die Minister ihre Antragsurteile nicht vom Landtage erhalten könnten, wurde der konservativ Antrag durch die Stimmen der starkbesetzten Rechten angenommen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Beide Häuser des preussischen Landtags geben morgen in die Ferien. Die bis zum 15. Juni dauern werden. Das Herrenhaus berät am 15. und 17. Juni die Schulvorlage, die an eine Kommission verwiesen wird. Am 18. Juni nimmt das Herrenhaus die Schulabstimmung über die Wahlrechtsvorlage vor. Am 20. Juni soll die Schulberatung über die Schulvorlage stattfinden. Das Abgeordnetenhaus wird nach Brüssel nur noch wenige Sitzungen abhalten. Die Vertagung des Landtags ist am 20. oder 21. Juni zu erwarten. — Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Staatsvertrags zwischen Preußen und Bayern, Baden und Hessen, über die Rhein-Kanalisation bis Wiesbaden hat die Vorlage einstimmig angenommen.

Kolonialen. Berlin. Auf Grund der bekannten kaiserlichen Verordnung vom 26. Dezember 1905 hat der Gouverneur von Vindiquist die Einziehung des gesamten besetzten und unbeweglichen Stammesvermögens aller Herero nordlich des Wendekreises des Steinbocks, sowie auch der Maritimo-Hottentotten von Franzosen und der Loopnar-Hottentotten von Boshenten verfügt.

Cechevich und Ungarn. Wien. Die heutige Obmannerversammlung, bei der sämtliche Parteien mit Ausnahme der Altschleichen vertreten waren, legte einen aus acht Mitgliedern bestehenden Untersuchungsausschuss ein, der beauftragt wurde, einen scharf abgefaßten Denkschriftentwurf, der zur politischen Lage Stellung nimmt, vorzubereiten. Der Antrag soll heute abend einer neuen Obmannerversammlung vorgelegt und in der für morgen verlangten Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht werden. Die Obmänner wollen für einmütige Annahme des Antrages in dieser Sitzung Sorge tragen. Falls

Dresdner Nachrichten.
Mittwoch, 30. Mai 1906 — Nr. 147

30. Freitag ist der Staat von
Friedrich Schöner